

Schwierige Entscheidungen nach dem Besuch beim Frauenarzt

Fachtagung in Nürnberg bringt Schwangerenberaterinnen, Gynäkologen und Eltern behinderter Kinder zusammen

Wenn werdende Eltern bei der Untersuchung vom Gynäkologen den Satz hören „Es könnte sein, dass mit Ihrem Kind etwas nicht stimmt“, dann beginnt für sie eine quälende Zeit der Unsicherheit. Weitere Untersuchungen aus dem Spektrum der Pränataldiagnostik werden ihnen empfohlen und irgendwann wissen sie dann mit hoher Wahrscheinlichkeit, ob ihr Kind behindert zur Welt kommen wird. Doch mit dieser Aussage fängt für die meisten der Horrortrip erst an: Sollen sie sich weiter beraten lassen? Den Kontakt zu Behindertenverbänden suchen? Einen Abbruch der Schwangerschaft in Betracht ziehen? Oder doch weiter darauf hoffen, dass entgegen der Diagnose doch noch alles irgendwie gut wird? Die Frauenärzte und Sozialpädagoginnen in den Schwangerenberatungsstellen verschiedenster Träger kennen das Dilemma der Eltern. Aber auch Behördenvertreter und Seelsorger werden mit solchen Fragen konfrontiert.

Rund 120 Interessierte – Beraterinnen, Ärzte, Wissenschaftler, Seelsorger und betroffene Eltern – folgten deshalb der Einladung zu einer gemeinsamen Fachtagung des Projekts „Unter anderen Umständen schwanger“ mit dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg am 28. Januar 2009 in Nürnberg. Sie stand unter dem Titel „Ungewisse Zeiten im Zeitalter der Pränataldiagnostik“ und brachte die genannten Personenkreise miteinander ins Gespräch. Dabei wurden von qualifizierten Impulsgebern sowohl medizinische als auch psychosoziale und ethische Aspekte eingebracht.

So zeigte Professor Ralf L. Schild, Chefarzt für Geburtshilfe und Perinatalmedizin der Frauenklinik der Diakonischen Dienste in Hannover, Beispiele dafür, wo und aus welchem Grund seine Abteilung Pränataldiagnostik angewandt hatte. So konnte beispielsweise Kindern mit offenem Rücken durch einen besonders schonenden Kaiserschnitt effektiv geholfen werden, weil diese Beeinträchtigung bereits vor der Geburt bekannt gewesen sei. Auch Ungeborene mit Herzfehlern könnten dadurch optimal auf eine nötige Herz-Operation vorbereitet werden. Allerdings warnte Schild davor, Pränataldiagnostik absolut zu setzen. So könnten beispielsweise per Ultraschall nur 30 bis 50 Prozent aller Kinder mit Down-Syndrom entdeckt werden.

Markus Dederich, seines Zeichens Professor für Rehabilitationswissenschaften an der Technischen Universität Hannover, wagte die provokante These, dass Pränataldiagnose nur mit Blick auf gesellschaftliche Negativbewertungen von Behinderung zu verstehen sei. „Die PND stellt Wissen zur Verfügung, das hochgradig ambivalent und konflikthaft ist“, betonte der Wissenschaftler. Die Diagnose, dass Eltern ein behindertes Kind erwarteten, führe nicht nur zu positiven Bewältigungsstrategien, sondern auch zu existenziellen Entscheidungszwängen. Im Klartext: Meist lassen die Eltern einen Abbruch durchführen, wenn ihr Kind behindert sein würde. Von 1972 bis 2001 wurden 91,9 Prozent aller Kinder abgetrieben, die mit dem Down Syndrom zur Welt gekommen wären. Auch eine Lippen-Kiefer-

Gaumenspalte wollten viele ihrem Kind offenbar nicht zumuten. Ungeborene mit dieser erwarteten Behinderung wurden zu 54,7 Prozent abgetrieben. Dederich zog aus diesen Zahlen den Schluss, „dass ohne Differenzierung von erwünschten und unerwünschten Merkmalen des Menschen PND keinen Sinn machen würde.“ Bei der Aufklärung über die Möglichkeiten von Frühförderung, Therapie und Bildung bei Behinderung dürfe jedoch nichts „romantisiert“ werden.

Zu erhofften Verbesserungen der Beratung von Frauen bei Pränataldiagnostik äußerte sich Monika Bobbert vom Bereich Medizinethik der Universität Heidelberg. Frauen sollten optimal begleitet und keinesfalls weiter verunsichert werden. Deshalb müsse genau bedacht werden, wer diese Beratung dann durchführen könne. Bobbert plädierte dafür, dass Frauenärzte hier mit Schwangerenberatungsstellen kooperieren sollten, eventuell in multidisziplinären Zentren.

Auch aus dem Plenum, in dem ausnahmslos Fachleute vertreten waren, kamen wichtige Anregungen: So vertraten mehrere Eltern behinderter Kinder die Auffassung, dass noch bessere Informationen über gesetzliche Hilfen nötig seien. Auch für einen Hilfsfonds für neugeborene Behinderte sprachen sich mehrere Diskutanten aus. Insgesamt müsste die Integration Behinderter als wichtiges gesellschaftliches Ziel verankert werden, damit sich Behinderte nicht mehr „wie im Zoo“ fühlen müssten.

Gabriele Riffert

Hinweis für Redaktionen: Diesen Text dürfen Sie gerne kostenfrei verwenden. Ein eventuelles Belegexemplar schicken Sie bitte an folgende Adresse: Projekt unter anderen Umständen schwanger, Rita Klügel, Volkhartstraße 5, 86152 Augsburg, kluegel-projekt@donumvitae-augsburg.de